

Aktionsplan Soziale Gerechtigkeit

17/115

RPF.

1975

1. Die älteren Mitbürger unterstützen.
2. Den Behinderten helfen.
3. Die CDU bekennt sich zum Leitbild der partnerschaftlichen Familie.
4. Kinder haben ihre Lobby: Die CDU.
5. Jedem seine Chance zur sportlichen Betätigung.

CDU
Aktive
Demokratie

Sozialpolitisches Ziel der CDU Rheinland-Pfalz ist
mehr Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit

Die CDU gibt Antwort auf die wirklichen sozialen Probleme unserer Zeit. Denn bereits während ihrer Regierungszeit in Bonn hat die CDU gemeinsam mit den Sozialpartnern für die große Gruppe der Arbeitnehmer einen sozialen Standard erreicht, der im internationalen Vergleich ohne Beispiel ist..

Heute aber sind neue Aufgaben zu lösen.

Das Problem von heute: Stärkere Interessenvertretung der sozialschwachen - der Familien mit Kindern, der Rentner, der alleinstehenden Frauen und anderen Gruppen ohne "Lobby".

Die soziale Frage unseres Jahrzehnts wird von der Lösung folgender Probleme bestimmt sein:

der Frau in Beruf und Gesellschaft,
der Erziehung der Kinder,
eines menschenwürdigen Alterns,
der Behinderten,
der ausländischen Arbeitnehmer.

1. Die älteren Mitbürger unterstützen

Die von der CDU Rheinland-Pfalz geführte Landesregierung hat als oberstes Ziel ihrer Altenpolitik formuliert:

- Materielle Sicherheit und soziale Unabhängigkeit
- Für ein selbständiges, eigenverantwortliches Leben im Alter

Deshalb hat die CDU 1972 gegen den Widerstand von SPD und FDP die Rentenanpassung vorgezogen, damit die Renten nicht hoffnungslos hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückblieben.

Außerdem hat die CDU durchgesetzt, daß Kleinstrenten wesentlich aufgebessert wurden.

Und: Auf Initiative der CDU bekommen diejenigen Rentner in Altersheimen, die darauf angewiesen sind, ein verdoppeltes Taschengeld, und zwar überall im Bundesgebiet.

Selbstverständlich brauchen viele alte Mitbürger unsere Hilfe.

Der Respekt vor den alten Menschen fordert es jedoch, die gesellschaftlichen Verhältnisse ihren Bedürfnissen anzupassen.

Wenn also heute immer mehr ältere Menschen die persönliche Betreuung in der eigenen Wohnung vorziehen, dann muß die traditionelle Gemeindekrankenpflege für diese neue Aufgabe gerüstet werden. Deshalb hat die CDU Rheinland-Pfalz die sozialen Dienste neu organisiert.

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland "Sozialstationen" eingerichtet. Bisher arbeiten bereits 38 von ihnen. Jährlich kommen weitere 12 hinzu.

Hauptaufgabe der Sozialstationen ist die ambulante pflegerische Versorgung der Bevölkerung durch ein Team qualifizierter Kräfte.

Daneben fördert die Sozialstation

- die Eigenhilfe durch Kurse in häuslicher Kranken- und Altenpflege,
- die Verwirklichung der Nachbarschaftshilfe
- die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern, Alteneinrichtungen, Ausbildungsstätten und Behörden.

2. Den Behinderten helfen

Für die CDU ist Solidarität mit den Behinderten mehr als nur ein Wort. Sie ist Aufgabe und Bestandteil unserer Politik.

Körperlich-, geistig Behinderte und psychisch Kranke haben einen Anspruch auf Chancengerechtigkeit; ihnen gilt unsere besondere Sorge und Hilfe. Sie müssen die Gewißheit haben, daß ihnen die Gesellschaft durch vielfältige Maßnahmen Hilfen bietet, daß sie ihre Selbständigkeit und ihr Leistungsvermögen fördert und ihnen das Leben in unserer Mitte erleichtert.

Behinderungen bei Kindern müssen so frühzeitig wie möglich erkannt werden, damit die Behandlung eingeleitet werden kann.

Diesem Ziel dient das erste Kinderneurologische Zentrum der Bundesrepublik, das die Landesregierung bereits 1971 in Mainz eingerichtet hat. Die CDU unterstützt die Errichtung weiterer Zentren in Neustadt und Trier.

Weitere Schwerpunkte sind:

- der Ausbau eines Netzes von Sonderkinderhäusern für geistig behinderte und körperlich behinderte Kinder,

- ein entsprechend gegliedertes Sonderschulwesen,
- der Ausbau eines Netzes von Werkstätten und Berufsförderungswerken für Behinderete,
- der Bau von großen Berufsausbildungsstätten,
- die Modernisierung und der Ausbau bestehender Heime.

Alle diese Maßnahmen müssen geplant und aufeinander abgestimmt werden. Deshalb wurde in Rheinland-Pfalz auf Initiative der CDU ein Landesbehindertenplan erarbeitet.

Für die mehr als 7 000 Schwerbehinderten in Rheinland-Pfalz hat die CDU Möglichkeiten geschaffen, daß ihr schweres Schicksal wenigstens materiell erträglicher ist. Das Landespflegegeldgesetz garantiert allen Schwerbehinderten ein monatliches Pflegegeld von 486, -- DM. Zum erstenmal wurde in einem solchen Gesetz in der Bundesrepublik auch die Gruppe der schwer geistig Behinderten mit einbezogen.

3. Die CDU bekennt sich zum Leitbild der partnerschaftlichen Familie

Die CDU will die Familie entlasten. Partnerschaft bezieht sich dabei zunächst auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau:

Die Frau muß in Bildung und Fortbildung, bei Berufsausübung und Freizeitgestaltung dieselben Chancen haben wie der Mann. Nur so kann die Frau endlich zu Eigenständigkeit, Selbstbehauptung und Selbstachtung gelangen. Berufsausübung und Kindererziehung sind dabei gleichrangige Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung der Frau.

Partnerschaft schließt aber auch das Kind mit ein:

Kinder dürfen nicht nur an die Welt der Erwachsenen angepaßt werden. Sie haben ein Recht auf ihre eigene Welt. Elternrecht schützt die Familie vor dem unbegründeten Eingriff des Staates und der Institutionen in die Erziehung. Das Elternrecht findet jedoch seine Grenzen dort, wo Eltern ihre Kinder nicht selbst erziehen können. Zunächst aber muß alles geschehen, um die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken.

Die CDU kämpft für eine realistische Familienpolitik

Viele Familien können ihrer Erziehungsaufgabe nicht mehr gerecht werden

- weil die Wohnungen zu klein und die Mieten zu hoch sind
- weil die Mütter aus wirtschaftlichen Gründen im Berufsleben stehen und kinderreiche Familien wegen eines völlig unzureichenden Familienlastenausgleichs sozial absteigen

Chancengleichheit hat längst aufgehört, wo das Einkommen von Familien mit Kindern unter das Sozialhilfenniveau abgesunken ist.

Vorrangiger Erziehungsort ist und bleibt die Familie

Darum hat die CDU sich dafür eingesetzt, daß sich die Familie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen kann.

Staatliche Maßnahmen dürfen nicht zum Ziel haben, die Familie zu ersetzen. Der Staat ist kein Vater; die Behörde keine Mutter.

Die CDU will

1. die regelmäßige Anpassung des Familienlastenausgleichs an das Einkommensniveau
2. die Einführung eines Erziehungsgeldes, damit alle Mütter ihre Babys selbst versorgen können
3. die Partnerrente zur Verbesserung der sozialen Sicherheit der Frau
4. die Errichtung von Modellen für Elternschule und Familienberatung
5. die Entwicklung weiterer familienbezogener Beratungsdienste
6. den Ausbau der Sozialstationen

4. Kinder haben ihre Lobby: Die CDU

Die CDU will, daß alle Kinder die gleichen Startchancen haben, unabhängig von Einkommen und Wohnort der Eltern. Dazu müssen die Weichen rechtzeitig gestellt, Milieusperren frühzeitig abgebaut werden.

Die CDU hat den Kindergarten als Ergänzung der Erziehung in der Familie entworfen. Die CDU hat das erste Kindergartengesetz der Bundesrepublik Deutschland im Juli 1970 in Rheinland-Pfalz verwirklicht.

Heute haben bereits beinahe 7 von 10 Kindern in Rheinland-Pfalz ihren Kindergartenplatz. Damit liegt unser Land in der Spitzengruppe der Bundesländer.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat es sich weiter zum Ziel gesetzt,

für gefährdete Kinder und Heimkinder die Adoption oder die Aufnahme als Pflegekind zu erleichtern,

die Erholung von Kindern mit ihren Eltern finanziell zu erleichtern.

5. Jedem seine Chance zur sportlichen Betätigung

Jeder soll die Chance zum Sport haben: Auf Initiative der CDU ist Rheinland-Pfalz das erste Land mit einem Sportförderungsgesetz. Überall im Lande sollen alle Bürger Sportstätten in zumutbarer Entfernung benutzen können. Deshalb werden Sportstättenleitpläne aufgestellt.

Überall in Rheinland-Pfalz.

Das freie Spiel der Kinder und Erwachsenen wird gefördert durch die Landesbauordnung und das Sportförderungsgesetz.

Häuser mit mehr als zwei Wohnungen müssen künftig einen richtigen Spielplatz haben.

Schließlich fördert der Staat die Aktivitäten und die Selbständigkeit der Vereine und Sportorganisationen:

Das Land gibt Geld - ohne zu bevormunden. Das Sportförderungsgesetz hat hier klare Verhältnisse geschaffen.

Die CDU begrüßt, daß die Vereine zunehmend auch den Kindern und Müttern, den Behinderten und den Senioren ein Angebot zu sportlicher Betätigung ma-

chen. Ein solches Selbstverständnis des Sports verdient Anerkennung und öffentliche Unterstützung.

Rheinland-Pfalz tut mehr als jeder andere Flächenstaat der Bundesrepublik für den Sport:

- Mit Ausgaben von 33,78 DM pro Kopf und Jahr für Sportstätten und Sportorganisationen liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze.
- Ein System von Leistungszentren, vom Fußball über Radfahren bis hin zum Skisport schafft die notwendige Verbindung von Breitensport zum Spitzensport.
- 8 346 Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen sind ein Beweis dafür, daß wir in Rheinland-Pfalz unserem Ziel ein gutes Stück nähergekommen sind. Dieses Ziel heißt: Möglichst jedem Menschen seine Chance, aktiv Sport zu treiben.

Aktionsplan Sicherheit

Mehr Mitwirkung und Schutz für den Bürger

1. Mehr aktive Demokratie in unseren Städten und Gemeinden verwirklichen.
2. Alle Bürger müssen schneller und wirksamer zu ihrem Recht kommen.
3. Kriminelle, Betrüger und Umstürzler werden in Rheinland-Pfalz keine Chance haben.
4. Die CDU Rheinland-Pfalz hilft, die Bürger gegen Übervorteilung zu schützen.
5. Die CDU sorgt für zuverlässige Hilfe in Not- und Katastrophenfällen.
6. Die Gefahren für unsere Umwelt müssen verringert werden.
7. Der Bürger ist nicht für die Verwaltung, sondern die Verwaltung ist für den Bürger da.
8. Mit dem Bürger planen.

CDU
Aktive
Demokratie

Grundlage für friedliches Zusammenleben in der modernen Gesellschaft ist das Vertrauen der Bürger in unseren freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat

- Politik muß mit den Bürgern gemacht werden - nicht über ihre Köpfe hinweg.
- Die Rechte und der Schutz der Bürger müssen zuverlässig garantiert sein.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat nach diesen Prinzipien politisch gearbeitet und so auch Weichen für die Zukunft gestellt:

- Deshalb herrscht in unseren Städten und Gemeinden mehr aktive Demokratie.
- Deshalb kommen die Bürger schneller und wirksamer zu ihrem Recht.
- Deshalb werden Kriminelle, Betrüger und Umstürzler in Rheinland-Pfalz keine Chance haben.
- Deshalb gibt es heute zuverlässige Hilfe bei Not- und Katastrophenfällen.
- Deshalb werden die Gefahren für unsere Umwelt verringert.
- Deshalb plant die Verwaltung für den Bürger und verplant ihn nicht. Staat und Verwaltung sind für den Bürger da und nicht umgekehrt. So sieht es die CDU.

Mehr Leistung für den Bürger - Gegen bürokratische Überheblichkeit.

1. Mehr aktive Demokratie in unseren Städten und Gemeinden verwirklicht

Unter Führung der CDU wurde in Rheinland-Pfalz die Verwaltung gründlich reformiert und dadurch bürger näher.

Unter Führung der CDU wurde in Rheinland-Pfalz die kommunale Verfassung demokratisch weiterentwickelt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine Politik mit dem Bürger statt an ihm vorbei.

Unter Führung der CDU wird also in Rheinland-Pfalz der Bürger besser informiert:

- Denn die Gemeindeverwaltung ist verpflichtet, die Mitbürger über wichtige Angelegenheiten ständig zu unterrichten.
- Und die Bürgerversammlung wurde zum festen Bestandteil des kommunalen Lebens.

Unter Führung der CDU hat der Bürger neue Mitwirkungsrechte

- Denn die Bürger können jetzt selbst initiativ werden und ein ihnen wichtiges Thema auf die Tagesordnung des Rates bringen.
- Denn im Gemeinderat und in den Ausschüssen werden auch Vertreter von Bevölkerungsgruppen an der Beratung beteiligt.
- Denn der von dem Bürger gewählte Rat ist gegen die Verwaltungsbürokratie gestärkt worden.
- Und Ortsbezirke können in größeren Gemeinden zur Förderung des örtlichen Gemeinschaftslebens gebildet werden.

Dies sind nur einige der vielen Vorteile der neuen Gemeindeordnung in Rheinland-Pfalz. Das nennt die CDU "aktive Demokratie".

2. Alle Bürger müssen schneller und wirksamer zu ihrem Recht kommen

Unser Staat kann sich nicht darauf beschränken, Gesetze zu machen. Die Gesetze müssen auch für jeden in gleicher Weise wirksam gelten.

Die CDU hat entscheidende Initiativen zur Verbesserung der Rechtspflege ergriffen, um dem Bürger **schneller** zu seinem Recht zu verhelfen. Denn eine zu lange Prozeßdauer gefährdet das Vertrauen des Bürgers in seinen Staat.

Kostenlos Rechtsauskunft für alle

Die CDU unterstützt es, daß die Landesregierung zunächst versuchsweise Rechtsauskunftsstellen in zehn Orten eingerichtet hat. Gerade sozialschwache Rechtssuchende können dort auf allen Gebieten des Rechts kostenlos Rechtsauskunft erhalten.

Darüber hinaus setzt sich die CDU für die Ausdehnung des sogenannten "Armen-Rechts" auch auf den außergerichtlichen Bereich ein. Erst dadurch wird die volle rechtliche Chancengleichheit sozial benachteiligter Mitbürger erreicht.

Beschleunigung von Prozessen

Verbrechen können nur dann wirksam bekämpft und damit der Schutz aller zuverlässig gesichert werden, wenn die gerichtlichen Verfahren wesentlich schneller ablaufen (dabei müssen die rechtsstaatlichen Grundsätze selbstverständlich gewahrt bleiben). Schnellere Urteile erhöhen insbesondere den Abschreckungseffekt der Strafe. Außerdem wird die Rechtsstellung dessen verbessert, der zu Unrecht in Verdacht geraten war.

Weiterhin setzt sich die CDU dafür ein, daß Rechtsstreitigkeiten auch in Zivil- und Verwaltungssachen beschleunigt werden, Streitigkeiten ohne besonderen Schwierigkeitsgrad sollen künftig auch von Einzelrichtern entschieden werden können.

Zu rationelleren Verfahren wird die Bildung von Familiengerichten beitragen, die nicht nur über die Ehescheidung, sondern auch über die elterliche Gewalt und über Versorgungspflichten entscheiden.

3. Kriminelle, Betrüger und Umstürzler werden in Rheinland-Pfalz keine Chance haben

Die CDU erwartet vom Staat, daß er den Bürger wirksam vor Kriminalität und vor ungesetzlichem politischen Terror schützt.

Deshalb hat sich die CDU mit besonderem Nachdruck für die Verbesserung der Polizei in Rheinland-Pfalz eingesetzt:

Das Netz der Kriminalpolizei ist dichter geworden. Spezialeinheiten gegen Gewaltkriminalität, Terror und Bandenbildung wurden geschaffen. Stärke, Ausbildung und Ausrüstung der Polizei wurden entscheidend verbessert.

Die CDU vollzieht eine klare Trennung zwischen denen, die im Einklang mit der Verfassung von ihren Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, und jenen Kräften, die unter Mißbrauch des Demonstrations- und Versammlungsrechts eine ständige Verunsicherung von staatlicher Ordnung und Bevölkerung hervorrufen wollen.

Für Verfassungsfeinde - seien es nun linke Systemüberwinder oder unverbesserliche Rechtsradikale - muß der Öffentliche Dienst von Rheinland-Pfalz verschlossen bleiben. Die CDU begrüßt die konsequente Anwendung des Radikalenerlasses durch die Landesregierung und verurteilt nachdrücklich seine Aushöhlung durch SPD-geführte Regierungen.

Gegen die Täter mit weißem Kragen

Wirtschaftskriminelle richten jährlich Milliarden-Schäden an. Ihre Bekämpfung setzt eine entsprechende Spezialisierung voraus: bei der Polizei, bei den Staatsanwälten und Richtern.

Unter Führung der CDU hat Rheinland-Pfalz dazu alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Deshalb sind wir in der Verfolgung der Wirtschaftsstraftäter in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen.

4. Die CDU Rheinland-Pfalz hilft, die Bürger gegen
Übervorteilung zu schützen

Künftig darf niemand durch die allgemeinen Geschäftsbedingungen - das sogenannte Kleingedruckte - geschädigt werden. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen dienen vielfach ausschließlich den Interessen des Herstellers oder Lieferanten. Die CDU fordert eine umfassende gesetzliche Regelung. Die Neuregelung des Ratenkaufs und des Vertretergeschäfts begrüßen wir. Sie reicht aber nicht aus.

Die Lebensmittelüberwachung muß zum wirksamen Verbraucherschutz ausgebaut werden. Gesundheitliche Schäden müssen auf jeden Fall verhindert werden. Der Verbraucher muß wirksamer als bisher vor Täuschungen über Beschaffenheit, Qualität und Quantität der Lebensmittel bewahrt werden.

5. Die CDU sorgt für zuverlässige Hilfe in Not- und Katastrophenfällen

Die von der CDU geführte Landesregierung hat mit einem neuen Gesetz für alle Bürger bei Bränden, Katastrophen und Unglücksfällen vorgesorgt.

Der Schwerpunkt der künftigen Maßnahmen liegt beim weiteren Ausbau des Stützpunktnetzes der Feuerwehren, insbesondere für den Brandschutz und die Technische Hilfe für Autobahnen, Straßen und Wasserstraßen. Auch damit leistet die CDU einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Umweltschutzes.

Jetzt wird umgehend dafür gesorgt werden, daß in allen Gemeinden schnell eine für alle Notfälle gerüstete Rettungsmannschaft herbeigerufen werden kann; und zwar unter der einheitlichen Nummer 110 oder per Funk.

6. Die Gefahren für unsere Umwelt müssen verringert werden

Für die CDU Rheinland-Pfalz hat Umweltschutz das Ziel, einen für den Menschen gesunden und nachhaltig leistungsfähigen Lebensraum zu sichern. Umweltpolitik muß sich verstärkt auf ein wissenschaftlich fundiertes, technisches und organisatorisches Instrumentarium stützen.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat ein Landesprogramm für den Umweltschutz erstellt und die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Durch dieses CDU-Programm wird die Umweltsituation in Rheinland-Pfalz in allen ihren Erscheinungsformen erfaßt, und zwar mit wissenschaftlich gesicherten Methoden. Durch dieses CDU-Programm ist das Zusammenspiel aller Entscheidungen und Maßnahmen im Sinne einer ökologisch fundierten Umweltplanung langfristig gewährleistet.

Das CDU-Umweltprogramm hat das Ziel, den natürlichen Lebensraum des Menschen gesund und leistungsfähig zu erhalten.

7. Der Bürger ist nicht für die Verwaltung, sondern
die Verwaltung ist für den Bürger da

Dies ist das Hauptziel der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz: Gebietsreform, Aufgabenneuverteilung und Behördenabbau, verbunden mit der kommunalen Neuordnung, sind die Grundlagen für eine bürgernahe, leistungsfähige Verwaltung in Rheinland-Pfalz. Auf dem Grundsatz der Dienstleistungsfunktion der Verwaltung bauen die weiteren Maßnahmen zur Verbesserung und Rationalisierung der Verwaltung auf, wie sie die CDU fordert:

Erst wenn viel mehr Aufgaben als bisher an die Basis des Verwaltungsgeschehens übertragen werden, ist die Verwaltung für den Bürger greifbar und erreichbar.

Unter Führung der CDU wurde der Aufbau der Verwaltung schon wesentlich einfacher und übersichtlicher. Umständliche Verfahrenswege sind weggefallen. Jede Verwaltungsebene hat ihre klar umrissenen Aufgaben. Der Instanzenzug ist verkürzt. Die Entscheidungen werden schneller getroffen. Die Stelle, die früher nur den Antrag annahm, und die Entscheidung nach oben vorschlug, entscheidet nun selbst.

Zuständigkeitsüberschneidungen, Koordinierungsmängel und Doppelarbeiten sind schon weitgehend beseitigt. Die Gemeinde- und Kreisverwaltungen sind jeweils für ganze Aufgabenblöcke zuständig, z.B. für so zusammenhängende Aufgaben wie Raumordnung und Landesplanung, Bauleitplanung - Landespflege - Wasserrecht - Gewerbeaufsicht und Verkehrswesen.

Die Aktivierung von Bürgersinn und Leistung für den Bürger soll in den Behörden ganz groß geschrieben werden. Diesem Ziel dienen vor allem

vollständigere Information der Bürger

Merkblätter und Broschüren

allgemein verständliche Sprache in Schreiben an den Bürger

allgemein verständliche Begründung von Entscheidungen

gezielte Auswahl von Mitarbeitern für publikumsintensive Arbeiten

bessere Unterrichtung der Mitarbeiter und Schulung für den Umgang mit dem Publikum

Wegweiser, Auskunftsstellen in der Verwaltung

Verbesserung der Dienstbereitschaft durch Öffnungszeiten an Nachmittagen und Abendsprechstunden

wirksame Kontrollen innerhalb der Verwaltung

Schutz des Bürgers vor ungerechtfertigter Erfassung aller seiner persönlichen Lebensumstände - das heißt Datenschutz im Sinne der CDU.

Den Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen ist zwar zunehmend die Aufgabe zugefallen, Stätten der Begegnung des Bürgers mit der Verwaltung zu sein.

Andererseits ist die Verwaltung immer komplizierter und damit für den Bürger unverständlicher geworden. Weil sich der Bürger im Verkehr mit den Behörden häufig überfordert fühlt, hat die von der CDU geführte Landesregierung in Rheinland-Pfalz als bisher einziges Bundesland den Bürgerbeauftragten eingeführt.

Der Bürgerbeauftragte soll als "besonderer Vertrauter des Bürgers" zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat beitragen.

Jetzt hat jeder Bürger die Möglichkeit, sich auf einfache Weise an einen Mann zu wenden, der dafür da ist, ihm unbürokratisch zu helfen. So hat die CDU-Landesregierung die Stellung des Bürgers gegenüber der Verwaltung gestärkt.

Die CDU wird ihre Bemühungen um eine leistungsfähigere öffentliche Verwaltung fortsetzen.

Im öffentlichen Dienst muß weit stärker als bisher der Leistungsgrundsatz bei der Auslese, Beförderung und Besoldung des Personals verwirklicht werden.

Alle Möglichkeiten zur Begrenzung der Mitarbeiterzahl im öffentlichen Dienst müssen ausgeschöpft werden. Die CDU tritt deshalb ein für eine umfassende innere Verwaltungsvereinfachung, selbstverständlich mit Hilfe auch der elektronischen Datenverarbeitung.

Aber auch dieser Grundsatz muß gelten: Staat und Gemeinden können nicht für alles verantwortlich gemacht werden. Die freie Initiative des Bürgers hat Vorrang vor einer "Allmacht" der Verwaltung.

8. Mit dem Bürger planen

Die Verwaltungsreform hat die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, die Bürger an der Erarbeitung des politischen Rahmens für die Entwicklung der Gemeinde und Verbandsgemeinde zu beteiligen.

Die CDU will deshalb Verfahren der allgemeinen gemeindlichen Zielplanung einführen, an denen Bürger und Bürgergruppen beteiligt sind.

Die Beteiligung der Bürger an der Planung ihres Lebensraumes dient dem Ziel, unsere Städte und Verbandsgemeinden menschlicher zu machen, sie nach eigenen Möglichkeiten auszugestalten und so jeder Verbandsgemeinde und Stadt ein unverwechselbares "Gesicht" zu geben.

Dazu ist erforderlich :

daß jede Gemeinde und Verbandsgemeinde den ihr gemäßen Platz und ihre eigene Aufgabe in der bewohnten Landschaft festlegt.

daß die Gemeinden den allgemeinen Ziel-, Orientierungs- und Koordinationsrahmen (z.B. für Bebauungsplanung, Flächennutzungsplan und Investitionsplanung) zur öffentlichen Diskussion stellen. Die Bürger selbst sollen mitbestimmen, zu welchen Zielen sich ihre Gemeinde entwickeln soll; sie sollen immer von neuem die Grenzen der Planung abstecken,

daß die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, die Planungen überörtlicher Träger mit ihren eigenen abzustimmen.

Erst eine von allen Bürgern mitgetragene Zielplanung macht das fruchtbare und reibungslose ineinanderreichen von staatlicher Leistungserfüllung und privater Initiative in unserem Staat möglich.

Diesem Ziel dient die freie Trägerschaft von Sport, Bildungs- und Sozialeinrichtungen sowie private Institutionen für individuelle Beratung für Jugend- und Lebenshilfe.

Der CDU-Grundsatz der ständigen Zusammenarbeit mit den Bürgern kommt vor allem auch im Privatschulgesetz von Rheinland-Pfalz zum Ausdruck.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat in ihren Leitlinien für die Kommunalpolitik den Bürgern ihre Vorstellungen zu der Politik vor Ort dargelegt:

- sie will in den Städten und Gemeinden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß jeder mehr aus seinem Leben machen kann und
- den eigenständigen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum der Städte und Gemeinden erweitern.

Beides gehört zusammen.

"Aktive Demokratie" heißt, so viel wie immer möglich Politik mit den Bürgern und für die Bürger zu machen. CDU steht für "Aktive Demokratie".

Aktionsplan Wirtschaft

Helmut Kohl mit seiner Mannschaft will: Wirtschaftliche Sicherheit für Rheinland-Pfalz.

1. Die Arbeitsplätze sichern.
2. Gemeinsam Front machen gegen die Inflation.
3. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte weiter ausbauen.
4. Unser Land mit den europäischen Wirtschaftszentren verbinden.
5. Die Energieversorgung langfristig sichern.
6. Die Selbständigkeit und Produktivität unserer Land- und Forstwirtschaft fördern.
7. Den Mittelstand leistungsfähiger machen.
8. Die berufliche Bildung verbessern.
9. Die Verbraucher schützen und informieren.

CDU
Aktive
Demokratie

Leitlinien für die wirtschaftliche Entwicklung von Rheinland-Pfalz

Die Verteuerung des Lebens und die steigende Arbeitslosigkeit haben Unsicherheit und Sorgen in viele Familien gebracht. Pläne und Hoffnungen wurden zerstört. Vielerorts bangen Menschen um ihren Arbeitsplatz.

Die Krisen-Entwicklung muß gestoppt werden

Wirtschaftliche Krisen gefährden die Solidarität und den sozialen Frieden; gegenseitiges Vertrauen und Partnerschaft werden zerrüttet; soziale Unsicherheit erschüttert den Glauben an die Gerechtigkeit und das Vertrauen in die Zukunft. Die jahrelange Inflation gefährdet die Erfolge unserer Politik. Denn unser Ziel ist es, den sozial Schwachen bessere Chancen zu bieten und eine gerechtere Vermögensverteilung zu erreichen.

Wir brauchen wieder wirtschaftliche und politische Stabilität

Stabilität ist für die CDU Rheinland-Pfalz mehr als nur stabiles Geld. Stabilität setzt das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung des Staates und die gemeinsame Zukunft voraus.

Die Regierung in Bonn hat unser Vertrauen verspielt

Zunächst hat sie die Inflation verharmlost. Wir erinnern uns noch des Ausspruches des Finanzministers Helmut Schmidt: "Mir scheint, daß das deutsche Volk 5 % Preisanstieg eher vertragen kann als 5 % Arbeitslosigkeit". Heute haben wir beides: eine anhaltende Geldentwertung und gleichzeitig eine ständig steigende Arbeitslosigkeit.

Derselbe Helmut Schmidt erwartet als Bundeskanzler nun ganz selbstverständlich, daß die CDU ihn dabei unterstützt, seine Fehler von gestern wieder gutzumachen. Die CDU Rheinland-Pfalz wird im Interesse aller eine vernünftige Stabilitätspolitik in Bonn unterstützen. Zumal die Regierung in Bonn mit reichlicher Verspätung vieles tut, was wir schon vor Jahren gefordert haben.

Voraussetzung unserer Unterstützung ist jedoch:

Die Bundesregierung muß endlich aufhören, schönzufärben

Ihre Versäumnisse mit den noch höheren Inflationsraten im Ausland zu entschuldigen. Die Öffentlichkeit erwartet, daß ihr reiner Wein eingeschenkt wird; auch darüber, was diese Regierung den Bürgern in Zukunft an Lasten zumuten will.

Die Bundesregierung muß auch aufhören, diejenigen zu verteufeln, die für die soziale Marktwirtschaft eintreten und Leistung, Sparwillen und Investitionsbereitschaft als entscheidende Voraussetzung einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft erhalten wollen.

Wir müssen miteinander reden: denn aus dieser schwierigen Lage kommen wir jetzt nur durch gemeinsame Anstrengungen heraus. Für uns in Rheinland-Pfalz ist die Rückgewinnung der Stabilität gleichzeitig die Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes.

Die CDU Rheinland-Pfalz ist also nachweislich bereit, jeden erfolgversprechenden Weg zur Stabilität mitzugehen, auch wenn er Opfer verlangt. Dazu ist allerdings erforderlich, daß die Bundesregierung mit der Stabilitätspolitik ernst macht und zu gemeinsamen vernünftigen Zielsetzungen in der Gesellschaftspolitik zurückfindet.

Den von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen muß geholfen werden. Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld sind kein Ersatz für selbstverdientes Einkommen an einem sicheren Arbeitsplatz.

Hauptziel der CDU Rheinland-Pfalz ist es also, die Arbeitsplätze zu sichern und die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur weiter auszubauen. Nur dadurch werden wir die Grundlagen für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz weiter festigen.

Dazu gehört für die CDU:

- die Steigerung der Produktivität und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und Landwirtschaft;
- der Ausbau der wirtschaftlichen Schwerpunkte, vor allem in den strukturschwachen Räumen des Landes;
- die weitere Öffnung unseres Landes zu den benachbarten Wirtschaftszentren im In- und Ausland durch den Ausbau der Verkehrswege;
- die langfristige Sicherung unserer Energieversorgung;
- die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Mittelstandes;
- die Verbesserung der beruflichen Bildungsmöglichkeiten;
- die Förderung von Verbraucherschutz und -information.

1. Die Arbeitsplätze sichern

Vorrangiges Ziel für die CDU Rheinland-Pfalz ist es, durch Sicherung von Arbeitsplätzen einen hohen Beschäftigungsstand zu halten. Das gilt vor allem für die strukturschwachen Gebiete des Landes.

Im Rahmen der beiden Sonderprogramme vom Frühjahr und Herbst 1974 zur Stützung der Konjunktur sind von seiten des Landes rund 50 Millionen DM zusätzlich zu den vom Bund bereitgestellten Mitteln eingesetzt worden. Davon sind auf Initiative der Landesregierung rund 40 Prozent in die Westpfalz geflossen.

Die für den Investitionsbereich 1974 verfügbaren Haushaltsmittel wurden beschleunigt freigegeben und in einigen Bereichen darüber hinaus in der zweiten Jahreshälfte noch einmal aufgestockt. Dies gilt insbesondere für Straßenbaumaßnahmen.

Mit Rücksicht auf die Beschäftigungslage im Bau- gewerbe wurden im Jahre 1974 für Modernisierung von Altbauwohnungen 16,5 Millionen DM bereitgestellt.

Die Landesregierung stemmt sich im Rahmen ihrer Mittel und Möglichkeiten mit Nachdruck gegen den Verlust weiterer Arbeitsplätze:

Eines der wichtigsten Instrumente ist die Gewährung von Landesbürgschaften. Allein in 1974 hat das Land Darlehen von mehr als 100 Millionen DM verbürgt, um gefährdete Betriebe zu retten. Damit wurden rund 10 000 Arbeitsplätze gesichert.

2. Gemeinsam Front machen gegen die Inflation

Die Inflation wird - je länger sie andauert - über die Wirtschaft hinaus zur Gefahr für die gesamte politische Entwicklung.

Die Inflation wirkt sich auch zerstörerisch auf die internationale Politik aus. Das beweisen die Entwicklung in Europa und die andauernde internationale Währungskrise.

Wir müssen zur Stabilität zurückkehren. Sonst bringen Inflation und Arbeitslosigkeit denen Zulauf, die die soziale Marktwirtschaft abschaffen und die Wirtschaft in staatliche Regie überführen wollen.

Für die CDU Rheinland-Pfalz ist die Rückgewinnung der Stabilität zugleich die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Die CDU Rheinland-Pfalz unterstützt jede erfolgversprechende Maßnahme zur Rückgewinnung der Stabilität:

Die CDU Rheinland-Pfalz hat stets die stabilitätspolitischen Notwendigkeiten anerkannt. Vor allem beim Haushalt, bei dem das Land unmittelbar entscheidet, hat sie danach gehandelt.

Rheinland-Pfalz hat auch dadurch einen besonderen Stabilitätsbeitrag geleistet, daß es inflationsbedingte Steuermehreinnahmen freiwillig bei der Deutschen Bundesbank stillgelegt hat.

Die Stabilitätsbemühungen der Bundesbank müssen fortgesetzt und durch eine entsprechende Haushaltsgestaltung des Bundes, der Länder und Gemeinden unterstützt werden. Dazu gehört auch eine stabilitätsgerechte Tarif- und Preispolitik.

Die CDU Rheinland-Pfalz ist im Interesse aller bereit, politische Prioritäten zu setzen, statt unerfüllbare Reformen zu propagieren. Das erwartet die CDU auch von der Bundesregierung.

Kein Bundesland kann für sich allein eine eigene Stabilitätspolitik mit Erfolg betreiben. Stabilitätspolitik kann sinnvoll nur gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden gemacht werden. Dabei muß die Regierung in Bonn selbstverständlich die Führung und Koordinierung übernehmen.

3. Produktivität und Konkurrenzfähigkeit steigern und die wirtschaftlichen Schwerpunkte weiter ausbauen

Die besonderen Aufgaben der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Rheinland-Pfalz ergeben sich aus der Entstehungsgeschichte dieses Landes: Die unterschiedlichen Erwerbs-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen mußten aufeinander abgestimmt werden. Dem Ziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in allen Regionen zu schaffen, sind wir ein gutes Stück nähergekommen.

Unser Land hat Zukunft

In Rheinland-Pfalz haben wir die Chance genutzt, vor allem in den noch wenig erschlossenen Gebieten eine Entwicklung in Gang zu setzen, die den Erfordernissen eines modernen Wirtschaftsraumes entspricht.

Die zentrale Lage von Rheinland-Pfalz im Kernraum der Europäischen Gemeinschaft ist eine Chance, die wir für die Verbesserung der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur nutzen.

Ziel der CDU bleibt es, den Lebensstandard in den wirtschaftsschwachen Gebieten zu verbessern und die Wirtschaftskraft im Rheingraben sowie in den städtischen Zentren zu stärken.

Die Regionalen Aktionsprogramme haben die strukturverbessernden Maßnahmen konzentriert und auf ausgewählte Schwerpunktsorte in den Fördergebieten ausgerichtet. Das von der Landesregierung entwickelte Eifel- Hunsrück-Programm wurde zum Modell für alle Regionalen Aktionsprogramme im Bundesgebiet. Dieser konzentrierte Einsatz von Mitteln und Maßnahmen hat wesentlich zur gewerblich-industriellen Erschließung ländlicher Räume und damit zur Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Dies wollen wir fortsetzen.

Die Erfolge unserer Politik sind meßbar:

In Rheinland-Pfalz hat sich der Abstand des realen Bruttoinlandsproduktes je Einwohner noch 17,7 Prozent im Jahre 1962 auf nur 2,4 Prozent im Jahre 1973 verringert. Damit nimmt das Land mit einem realen Bruttoinlandsprodukt von 9.301 DM je Einwohner hinter Nordrhein-Westfalen (9.746 DM), Hessen (9.739 DM) und Baden-Württemberg (9.727 DM) den vierten Platz unter den Flächenländern ein.

In wirtschaftsschwachen Regionen unseres Landes sind überdurchschnittliche Steigerungsraten zu verzeichnen.

Um ungenutzte oder nur schlecht genutzte Produktivkräfte in den wirtschaftsschwachen Gebieten des Landes zu mobilisieren, wurde vor allem im Rahmen der Regionalen Aktionsprogramme Eifel-Hunsrück, Saarland-Westpfalz und Mittelrhein-Lahn-Sieg die Schaffung neuer gewerblicher Arbeitsplätze gefördert. Von 1967 bis 1973 wurden in diesen Gebieten die finanziellen Grundlagen für rund 54 000 neue Arbeitsplätze in gewerblichen Produktionsbetrieben geschaffen.

Für die Durchführung der regionalen Strukturpolitik setzt das Land erhebliche Mittel ein. So betrugen die von 1969 bis 1973 insgesamt aufgewendeten Zuschüsse aus dem Landeshaushalt 261 Millionen DM; die entsprechenden Zuschüsse des Bundes nur 123 Millionen DM. Von den im gleichen Zeitraum gewährten Investitionszulagen von 275 Millionen DM trugen Bund und Länder je die Hälfte.

Angesichts der besonderen strukturellen Situation in der Westpfalz hat die Landesregierung 1973 - in Ergänzung des bereits bestehenden Regionalen Aktionsprogrammes Saarland - Westpfalz - ein besonderes Westpfalz-Programm beschlossen. Darin sind für die Jahre 1974 bis 1977 Landesmittel in Höhe von 162 Millionen DM zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und zum weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen.

An dem wachsenden Beschäftigtenanteil lässt sich die Bedeutung der Investitionsgüterindustrien für die Weiterentwicklung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur in unserem Lande ablesen. Die in den vergangenen Jahren neuerrichteten Betriebe der Wachstumsindustrien gehören zu Branchen, die bis in die 50er Jahre hinein in Rheinland-Pfalz gar nicht oder nur relativ schwach vertreten waren.

Neben der gewerblich-industriellen Erschließung wirtschaftsschwacher Gebiete steht gleichrangig die strukturpolitische Aufgabe, bestehende Arbeitsplätze in allen Landesteilen sicherer zu machen.

Durch die konsequente Wirtschaftspolitik der CDU ist es gelungen, die strukturelle Arbeitslosigkeit in wirtschaftsschwachen Gebieten des Landes merklich zu verringern. Aber diese Erfolge sind durch die augenblickliche Krise erneut bedroht.

Mit einer Politik durchgreifender Strukturverbesserungen haben wir in diesem Lande wesentlich zur Stabilisierung der regionalen Arbeitsmärkte beigetragen. Ohne die von der Strukturpolitik bewirkte Erschließung der ländlichen Räume und die dadurch geschaffenen neuen Arbeitsplätze wären die Arbeitslosenquoten bei der gegenwärtigen Konjunkturlage erheblich höher.

Diese Politik gilt es fortzusetzen

In den verkehrsgünstigen Standorten des Rheingrabens werden wir durch konsequenteren Ausbau der Infrastruktur das dort vorhandene Produktionspotential weiter steigern. Dadurch wird der Bestand an sicheren Arbeitsplätzen auch dort kontinuierlich erweitert.

4. Unser Land mit den europäischen Wirtschaftszentren verbinden

Verkehrswege öffnen unser Land

Die Einbindung des Landes in den deutschen und europäischen Wirtschaftsraum wird auch in den kommenden Jahren systematisch vorangetrieben. Dabei hat der Ausbau der großen Verkehrsachsen besonderes Gewicht. Rheinland-Pfalz liegt im Schnittpunkt internationaler Verkehrsströme zwischen sechs industriellen Ballungsgebieten. Die Vorteile dieser Lage müssen genutzt werden.

Autobahn und Straße

Der Verkehrswegebau in unserem Lande wird auch in kommenden Jahren einerseits bei der Anbindung und andererseits bei der Erschließung der in der Vergangenheit benachteiligten Gebiete liegen. Nahezu alle geplanten, im Bau befindlichen oder bereits fertiggestellten Autobahnen in Rheinland-Pfalz haben auf den europäischen Kernraum bezogene Erschließungs- und Anbindungsfunctionen.

Zur bestmöglichen Bedienung des Personennahverkehrs in den Ballungsgebieten und ländlichen Räumen muß ein auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmtes und verkehrstechnisch wie wirtschaftlich ausgewogenes Angebot der verschiedenen

Verkehrsträger sichergestellt werden. Dabei ist insbesondere in den strukturschwachen Gebieten die Erschließungsfunktion durch die Straße angemessen zu berücksichtigen, zumal der größte Teil des Personenverkehrs auf den privaten Kraftwagen entfällt. Entsprechend bedarf das regionale Straßennetz der Substanz-erhaltung und Verbesserung.

Schiffahrtswege

Der Rhein wird als europäische Wasserstraße durch den weiteren Ausbau der Häfen und durch die Vertiefung der Schiffahrtsrinne für die Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung unseres Landes in Zukunft noch mehr Bedeutung bekommen:

Rheinland-Pfalz leistet zu der vom Bund und den beteiligten Ländern gemeinsam getragenen Finanzierung für die Vertiefung des Rheins Finanzierungshilfen.

Für den Bau und Ausbau der Rheinhäfen hat das Land in den vergangenen Jahren Bauzuschüsse von mehr als 40 Millionen DM gegeben. Hinzu kommen die Kosten für den im Bau befindlichen Ölhafen des Landes in Ludwigshafen von voraussichtlich mehr als 35 Millionen DM. Dieser Betrag wird ausschließlich vom Lande aufgebracht.

Nach dem Ausbau der Mosel zur leistungsfähigen Schiffahrtsstraße gilt es, weitere Verkehrswege in Ost-West-Richtung zwischen dem Seinebecken und

dem Rhein-Main-Donau-Kanal im Auge zu behalten. Unter diesem Gesichtspunkt behält auch das Projekt des Saar-Pfalz-Rhein-Kanals in der langfristigen Verkehrspolitik des Landes seinen Stellenwert.

Eisenbahnen

Die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur erfordert im Interesse der Bürger und der Wirtschaft unseres Landes ein insgesamt leistungsfähigeres Schienennetz. Dazu gehört, daß auf weiteren Strecken der elektrische Zugbetrieb eingeführt wird.

Flugverkehr

Die Großflughäfen in Frankfurt/Main, Köln/Bonn und Luxemburg, die das Land rings umgeben, sollen durch eine möglichst vielseitige Anbindung auf Schiene und Straße von allen Landesteilen aus besser erreichbar werden. Dadurch wird der Anschluß an das internationale Luftverkehrsnetz verbessert. Die schnelle Verbindung zu und zwischen den Großflughäfen ist eine der Voraussetzungen für die Ansiedlung absatzorientierter Industriezweige und dient damit der Strukturverbesserung.

5. Die Energieversorgung langfristig sichern

Eine ausreichende Energieversorgung ist für die Steigerung der Produktionskraft und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft unerlässlich.

Rheinland-Pfalz bietet von der Energieversorgung her aufgrund seiner Lage im Energieverbundnetz günstige Standort-Voraussetzungen. Das Auftreten von Versorgungsengpässen kann jedoch angesichts der Wandlungen auf dem Energiemarkt für die Zukunft nur verhindert werden, wenn zusätzlich zum Angebot aus dem vorhandenen Verbundnetz elektrische Energie von neu zu errichtenden Kraftwerken im Lande selbst erzeugt wird.

Durch den von der Landesregierung mit erheblichen Mitteln geförderten Ausbau der Infrastruktur - Bau von Häfen und Erschließung von Industriegelände - konnten die Voraussetzungen für die Errichtung von Raffinerien im Lande geschaffen werden. Geplante Neubauten und Erweiterungen tragen dazu bei, die Versorgung des Landes mit Mineralölprodukten auch in Zukunft zu sichern.

Um den wachsenden Erdgasbedarf decken zu können und noch nicht versorgte Gebiete an das Netz anzuschließen, ist das Land bereit, auch durch ein erhebliches finanzielles Engagement die notwendigen Voraussetzungen für den Bezug von Erdgas zu schaffen. Auch diese Energieversorgung trägt zur Verwirklichung gleicher Lebens- und Arbeitsbedingungen überall im Lande bei.

6. Die Selbständigkeit und Produktivität unserer Land- und Forstwirtschaft fördern

Die CDU Rheinland-Pfalz tritt in ihrer Agrarpolitik für die folgenden Ziele ein:

Erhaltung und Ausbau selbständiger und unternehmerisch geführter Land- und Forstwirtschaftsbetriebe; Sicherung und Erhaltung breitgestreuten Eigentums in der Land- und Forstwirtschaft;

Entscheidungsfreiheit, die Land- und Forstwirtschaft im Voll- oder im Zu- und Nebenerwerb zu betreiben;

Chancengerechtigkeit bei der Lösung der Anpassungsprobleme in allen landwirtschaftlichen Betriebsgruppen.

Dies wollen wir erreichen durch:

Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen;

Schaffung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur in den ländlichen Gebieten;

Anschluß der landwirtschaftlichen Bevölkerung an die allgemeine Einkommensentwicklung.

Die CDU Rheinland-Pfalz stellt an die EG-Agrarpolitik die folgenden Forderungen:

Anpassung der Erzeugerpreise an die Kostenentwicklung der Landwirtschaft;

Festsetzung der Preise nach objektiven Gesichtspunkten auf der Grundlage der Buchführungsunterlagen rationell wirtschaftender Betriebe;

Beibehaltung des Grenzausgleichs zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft vor Wechselkursänderungen in den Mitgliedsstaaten;

Abbau der Wettbewerbsverzerrungen, die die deutsche Landwirtschaft gegenüber anderen Mitgliedsstaaten benachteiligen.

Die Agrarstrukturpolitik ist Teil der Gesamtpolitik zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

Der Agrarstrukturverbesserung dient vor allem die Flurbereinigung. Sie soll zur umfassenden Neuordnung des ländlichen Raumes beitragen. Für die Flurneuordnung einschließlich der Flurbereinigung werden jährlich rund 60 Mio. DM an Förderungsmitteln aufgewendet.

Die Agrarstrukturpolitik der CDU ist darauf ausgerichtet, den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Familien bei der Anpassung an den Strukturwandel zu helfen. Für jede der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgruppen werden gezielte Förderungsmöglichkeiten angeboten.

Den Kern der Agrarstruktur sollen wettbewerbsfähige Voll-erwerbsbetriebe bilden. Für ihre Förderung werden jährlich 30 Millionen DM bereitgestellt.

Die Partnerschaft von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, und nicht deren gegenseitige Konkurrenz ist das Leitbild unserer strukturpolitischen Zielsetzungen.

Für die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe soll insbesondere die überbetriebliche Zusammenarbeit gefördert werden. Damit verfolgt die CDU Rheinland-Pfalz das Ziel, Formen der nebenberuflichen Landbewirtschaftung zu entwickeln, die einerseits einen ausreichenden ökonomischen Anreiz bieten, andererseits die Arbeitsbelastung der Familien in vertretbarem Rahmen halten.

Die günstige Lage der rheinland-pfälzischen Erzeugungsgebiete zu den Verbraucherzentren im Rhein-Ruhr-Gebiet, dem Rhein-Main-Nahe-Raum und dem Rhein-Neckar-Raum bringt einen erheblichen Wettbewerbsvorteil für die einheimische Landwirtschaft mit sich.

Ziel der CDU Rheinland-Pfalz ist es, durch die Förderung leistungsfähiger Vermarktungseinrichtungen diesen Wettbewerbsvorteil für die Landwirtschaft zu nutzen und weiter auszubauen

Die positiven Auswirkungen auf das landwirtschaftliche Erzeugerpreisniveau zeigen sich am Beispiel der in Rheinland-Pfalz inzwischen abgeschlossenen Verbesserung der Molkereistruktur.

Die Marktstrukturpolitik wird die CDU Rheinland-Pfalz mit folgenden Zielen fortsetzen:

Stabilisierung des Weinmarktes durch verstärkte Förderung der Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften. Einen Schwerpunkt bildet hierbei der Ausbau der Lagerkapazitäten. Die Vermarktung muß an die Produktionsausweitung der letzten Jahre angepaßt werden. Um die Marktstellung zu verbessern, ist es ebenso dringend erforderlich, die regionalbezogene Weinwerbung zu verstärken.

Weitere Konzentration der Vermarktungseinrichtungen für Obst und Gemüse. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Bau von Einrichtungen zu, die eine längerfristige Lagerung der Waren ermöglichen.

Ausbau weiterer Vermarktungskapazitäten in marktferneren Gebieten, soweit die Produktionsentwicklung und die Marktlage dies notwendig machen.

Zur Verbesserung der Marktstruktur werden jährlich 12 - 15 Millionen DM ausgegeben.

Die seit 1969 eingeleiteten Regionalen Aktionsprogramme Eifel-Hunsrück, Westpfalz und Mittelrhein-Lahn-Sieg werden durch regionale Entwicklungsprogramme für die Landwirtschaft ergänzt.

Das landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm Eifel-Hunsrück aus dem Jahre 1973 wurde Ende 1974 durch das landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm Westpfalz - Südpfalz ergänzt. Für den Raum Mittelrhein-Lahn ist ein weiteres landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm in Vorbereitung.

Die CDU Rheinland-Pfalz wird dafür sorgen, daß

- diese Entwicklungsprogramme für die agrarstrukturellen Problemgebiete einschließlich der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen verwirklicht,
- die Agrarstruktur in unserem Lande weiter verbessert und
- damit unser Beitrag zur Koordinierung der Gemeinschaftsaufgaben der Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und Agrarstruktur geleistet wird.

Dies sind die Hauptziele der CDU für die landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme für die agrarstrukturellen Problemgebiete:

Integration der Agrarstrukturpolitik in die regionale Wirtschaftspolitik,

Sicherung des Beitrages der Land- und Forstwirtschaft zur Landespflege,

Zusammenfassung und Einordnung der Ziele der bisher weitgehend punktuell und sektorale durchgeführten land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen in einer geschlossenen Entwicklungs-konzeption.

Der Erfolg unserer Strukturpolitik in Rheinland-Pfalz hängt wesentlich von der Entwicklung der wirtschaftlichen Gesamtlage in der Bundesrepublik und auf der internationalen Ebene ab. Die CDU wird alles tun, um die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu sichern.

7. Den Mittelstand leistungsfähiger machen

Mittelstandspolitik ist ein Kernstück der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes. Sie soll die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der im Lande arbeitenden 110 000 kleinen und mittleren Unternehmen und freien Berufe mit 900 000 Beschäftigten stärken.

Von 1 224 Produktionsbetrieben, die in den Jahren 1969 bis 1973 in den rheinland-pfälzischen Förderungsgebieten Finanzierungshilfen für Ansiedlungs- und Erweiterungsinvestitionen erhielten, gehören mehr als 1 000 dem Mittelstand an. Von den 55 400 geförderten Arbeitsplätzen entfallen über 40 000 auf mittelständische Betriebe.

Um kleineren und mittleren Unternehmen die Anpassung an den technischen Fortschritt und den raschen Industrialisierungsprozeß zu erleichtern, gewährt das Land für Rationalisierungen, Umstellungen von Betrieben, zwischenbetriebliche Kooperationen und für Existenzgründungen von Nachwuchskräften Zinszuschüsse. In mehr als 3 500 Einzelfällen wurde von 1956 bis heute ein Darlehensvolumen von über 210 Millionen DM verbilligt.

Den gleichen Zielen dienen die vom Land getragenen und unterstützen Bürgschaftseinrichtungen, die bis Ende 1974 in über 3 000 Fällen ein Volumen von rund 550 Millionen DM verbürgt haben.

Darüber hinaus fördert das Land die betriebswirtschaftliche Beratung sowie vielfältige Maßnahmen zur überbetrieblichen Fortbildung von Unternehmern und betrieblichen Führungskräften

Auch in Zukunft werden die Hilfen des Landes darauf gerichtet sein, die strukturellen Nachteile der kleinen und mittleren Betriebe gegenüber Großbetrieben auszugleichen und Eigeninitiativen zu wecken.

Der Fremdenverkehr als wesentlicher Teil des Mittelstandes in diesem Lande spielt als Entwicklungsfaktor eine wichtige Rolle

Dies gilt besonders für solche Gebiete, die zwar landschaftliche Vorzüge aufweisen, sich aber für eine industrielle Entwicklung weniger eignen. Dort bietet die Fremdenverkehrs-wirtschaft den Bürgern zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommenschancen. Durch den Ausbau der öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen in den Gemeinden werden hierfür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

8. Die berufliche Bildung verbessern

Die stetige Erweiterung der beruflichen Bildungsmöglichkeiten stellt einen wichtigen Beitrag zur Strukturverbesserung dieses Landes dar. Berufliche Bildung vermittelt unserer Jugend und - in Form der Weiterbildung und Umschulung - auch den bereits im Erwerbsleben stehenden Menschen bessere Aufstiegschancen. Zugleich führt sie zu größerer Mobilität der Arbeitnehmer.

Das 1973 beschlossene Aktionsprogramm der Landesregierung für eine bessere berufliche Bildung wird Zug um Zug verwirklicht:

- Errichtung und Ausbau überbetrieblicher Lehrwerkstätten,
- Aus- und Fortbildung der Ausbilder,
- wirksamere Koordinierung der Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule:

dies sind Schwerpunkte der Berufsbildungspolitik in diesem Lande.

Mit Landeshilfe stehen heute bereits 32 Gemeinschaftslehrwerkstätten mit etwa 2 400 Plätzen für die fachpraktische Ausbildung und mehr als 1 000 Plätze für den fachtheoretischen Unterricht zur Verfügung. Weitere Gemeinschaftslehrwerkstätten sind im Bau.

In einem Bildungssystem, das die Chancengerechtigkeit für alle bieten soll, muß die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung gewährleistet sein, ohne daß das duale System der beruflichen Bildung zugunsten ideologischer Gleichschaltung geopfert werden darf.

9. Die Verbraucher schützen und informieren

Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn der Verbraucher seine Rolle als kritischer Käufer wahrnimmt.

Dazu gehören mehr Chancen, Preise und Qualitäten vergleichen zu können. Die Kartell- und Preisbehörden des Landes helfen dabei mit, die Position des Verbrauchers zu stärken.

Der Verbraucher muß gegen den Mißbrauch von "Kleingedrucktem" in Verträgen geschützt werden

Dem dient die vom Lande mitbetriebene Reform des Rechts der allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Mehr Verbraucherschutz bieten auch die im Lande eingerichteten öffentlichen Rechtsauskunftstellen.

Verstärkte Verbraucherinformationen werden mit Landeshilfe durch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e. V. und ihre Beratungsstellen geboten. Das Netz der Beratungsstellen wird ständig weiter ausgebaut.

Wir haben einen wirtschaftlichen Durchbruch erzielt

Rheinland-Pfalz ist mit seiner Wirtschaftskraft bereits an die vierte Stelle der Flächenländer vorgerückt.

Die Einkommensverhältnisse der Bürger haben sich überdurchschnittlich verbessert.

Durch eine systematische Verkehrserschließung nutzen wir die europäische Zentrallage für unsere wirtschaftliche Zukunft.

Die Zukunft verlangt, daß wir unsere finanziellen Mittel vor allem darauf konzentrieren, gute und sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Stabilität ist und bleibt das oberste Ziel unserer Wirtschaftspolitik.

Aktionsplan

Bildung

1. Die Schule gehört keiner Partei.
2. Jeder Schüler hat seine persönliche Chance.
3. Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.
4. Wir werden das Schulwesen weiter ausbauen.
5. Lehrerbildung und Lehrerfortbildung werden verbessert.
6. Hochschulen – Stätten des Geistes und der Freiheit.
7. Mach mehr aus Dir – die Weiterbildung.
8. Kunst und Künstler, Theater, Orchester, Museen fördern.
9. Die Kirchen als Partner sehen.

CDU
Aktive
Demokratie

Die fortschrittliche Bildungs- und Kulturpolitik der CDU
gibt jedem seine Chance.

Unsere Prinzipien

Bildung ist für den einzelnen Brücke in die Zukunft. Bildung sichert zugleich unsere geistige und materielle Wettbewerbsfähigkeit.

Die CDU will ein Bildungssystem,

- das jedem die Chance gibt, seine Anlagen voll zu entfalten,
- das fördert und fordert,
- das Benachteiligungen ausgleicht und
- zu Leistungen anspornt.

Mehr als auf die Organisation kommt es auf die Inhalte und Ziele an.

Wir wollen,

- daß unsere Kinder in freiheitlichem Geiste aufwachsen,
- daß sie ihre eigenen weltanschaulichen Überzeugungen besitzen und vertreten können,
- daß sie zu mündigen Bürgern unseres demokratischen Rechtsstaates werden.

Wir bekämpfen bildungspolitische Ideologien und schützen die Kinder und Jugendlichen vor einseitiger Beeinflussung.

Die CDU bekennt sich dazu, daß die Schule nicht nur Wissen zu vermitteln hat, sondern auch erziehen muß. Es geht um das Glück unserer Kinder. Es geht um ihre Zukunft.

Lehrer und Eltern sind Partner, nicht Gegner. Sie müssen miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Nur dann können sie sich gegenseitig helfen. Zum Besten der Kinder.

1. Die Schule gehört keiner Partei.

Die Schule darf kein politisches Kampffeld werden. Radikale politische Beeinflussung hindert die Schule daran, ihren eigentlichen Bildungsauftrag zu erfüllen.

Schule soll nicht Gräben aufreißen, sondern zur notwendigen Gemeinsamkeit führen.

Bei uns in Rheinland-Pfalz haben wir ein neues Schulgesetz. Die CDU hat es erarbeitet. Ohne Schülerekrawalle. Ohne Elternprotest. Und ohne linken Radikalismus. Dieses moderne Schulgesetz siehtet, was die Diskussion der letzten zehn Jahre erbracht, verteidigt was sich bewährt hat und ermöglicht Reformen mit Augenmaß. Chancengleichheit, Vielfalt der Bildungswege und Gleichrangigkeit der Abschlüsse sind nur einige der Aufgaben, die das neue Schulgesetz gezielt zu verwirklichen hilft.

Es ist ein Gesetz für alle Schulen. Es gibt Hauptschule, Realschule und Gymnasium ihre eigene Aufgabe und verhindert so die totale Gleichmacherei. Es gibt der Gesamtschule die Chance, sich im Versuch zu bewähren, zwingt sie aber niemanden auf.

Das neue Schulgesetz sichert ein breites Bildungsangebot in verschiedenen Schulararten, die eng miteinander zusammenarbeiten:

den Grundschulen, den Hauptschulen, den Realschulen, den Gymnasien, den berufsbildenden Schulen, den Sonder- schulen.

2. Jeder Schüler hat seine persönliche Chance.

Der Schüler und seine Eltern können zwischen Alternativen wählen:

- zwischen den verschiedenen Schularten,
- zwischen dem studien- oder berufsbezogenen Weg.

Entscheidend ist: die Wege sind zwar unterschiedlich, aber gleichwertig. Die getroffene Entscheidung kann später korrigiert werden. Es gibt keine Sackgasse mehr !

Das sind die Grunzüge des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes.

- Die Grundschule ist die gemeinsame Schule für alle Sechs- bis Zehnjährigen. Sie soll mit dem Kindergarten zusammenarbeiten:
- Kindergarten und Grundschulen sollen den Kindern gleiche Startchancen geben. Eine Vorverlegung des Einschulungsalters lehnen wir ab. Am Ende der Grundschule fällt eine erste, keineswegs endgültige Entscheidung über den weiteren Bildungsweg.
- Die Orientierungsstufe im 5. und 6. Schuljahr hilft dem Schüler, sich für die gewählte Schulart zu erproben. Sie soll die Entscheidung bestätigen oder korrigieren.
- Hauptschule, Realschule und Gymnasium arbeiten eng zusammen; ihre Lehrpläne sind aufeinander abgestimmt.

- Ein freiwilliges 10. Schuljahr an der Hauptschule ermöglicht besonders befähigten Schülern einen qualifizierten Abschluß, der dem der Realschule (früher mittlere Reife) entspricht.
- Für die meisten Schüler jedoch soll das 10. Schuljahr in der Berufsschule eingerichtet werden. Das "Aktionsprogramm für eine bessere berufliche Bildung" zeigt praktikable Lösungen und enthält ein gestuftes Reformprogramm für die nächsten Jahre. Berufliche Bildung ist für die CDU nicht nur Sache der Schule. Sie muß in Betrieb und Schule verwirklicht werden.
- Der Abschluß an der Fachoberschule wird künftig nicht nur zum Studium an einer Fachhochschule berechtigen, sondern auch zu einer qualifizierten Berufsberechtigung führen.
- Die Oberstufe des Gymnasiums soll besser als bisher auf das Hochschulstudium vorbereiten; die sogenannte "Mainzer Studienstufe" gibt dem Schüler mehr Selbständigkeit.

3. Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.

Durch sorgfältig kontrollierte Schulversuche werden Änderungen zunächst erprobt. Schulversuche sollen helfen, Fehler und Schäden rechtzeitig zu erkennen und auszumerzen. Die Orientierungsstufe, das Berufsgrundschuljahr, die Mainzer Studienstufe sind erfolgreich aus solchen Erprobungen hervorgegangen.

Viele Eltern haben Sorgen, daß ihre Kinder in der Schule nicht mehr mitkommen. Die vielen Reformen der letzten Jahre haben oft Verwirrung gestiftet. Unser Maßstab für alle Reformen ist ihr Nutzen für die Schüler.

Deshalb hat die von der CDU geführte Landesregierung die Kommission "Anwalt des Kindes" geschaffen, die dazu beiträgt, daß das Kind zu seinem Recht kommt, und die Schule auch Spaß macht.

Viel ist in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren geschehen; unsere Schulen können sich mit jedem Land der Bundesrepublik messen. In vielen Bereichen liegen wir an der Spitze. Aber es bleibt noch genug zu tun: Die Klassen sind zwar kleiner und die Zahl der Lehrer ist größer geworden. Aber das genügt uns nicht. Es muß noch besser werden.

Die CDU sorgt auch in Zukunft dafür, daß die Lehrpläne für unsere Schulen

- von einseitiger Indoktrination freibleiben
- daß sie den Schülern zu Unterscheidungsvermögen und Urteilsfähigkeit verhelfen
- die Schüler zur Kritikfähigkeit führen aber gleichzeitig die Toleranz fördern.

In Rheinland-Pfalz müssen sich Eltern nicht fürchten, ihr Kind der öffentlichen Schule anzuvertrauen.

Niemand will bestehende Mängel in unserer Gesellschaft leugnen. Aber wir sind gegen jene, die alles umstürzen. Wir wollen Reformen mit Augenmaß. Das heißt auch: Bewährtes bewahren. Deshalb dürfen Lehrpläne nicht von einem Freund-Feind-Schema ausgehen und die Welt nach dem Modell des Klassenkampfes interpretieren. Unsere Gesellschaft ist vielschichtiger, als es das sozialistische Schema von Ausbeutern und Ausgebeuteten vorgibt. Schule soll zum Urteilen, nicht zum Verurteilen anleiten. Sie muß dem Schüler deutlich machen, daß der eigene Standort begründet werden muß und zwar in Kenntnis anderer unterschiedlicher Meinungen.

4. Wir werden das Schulwesen weiter ausbauen.

Die CDU wird weiter daran arbeiten,

- den Lehrermangel dort, wo er noch besteht, z. B. an den Berufsschulen und auch an den Gymnasien, zu beseitigen,
- die Klassen weiter zu verkleinern und
- die Ausstattung der Schulen mit neuen Unterrichtsmitteln zu verbessern.

Dies kann aber nur dann in absehbarer Zeit gelingen, wenn die Inflation endlich gestoppt wird.

Wir werden weiter

- den Ausbau leistungsfähiger Hauptschulen zum Abschluß bringen,
- das berufliche Bildungswesen nach dem von der Landesregierung vorgelegten Aktionsprogramm für eine bessere berufliche Bildung ausbauen,
- überall dort, wo es möglich ist, Hauptschulen in Schulzentren errichten
- und wo die Siedlungsstruktur dies nicht erlaubt, sie auch allein voll leistungsfähig machen.

Unsere Sorge gilt heute nicht mehr der Zwerghschule von gestern, sie gilt vielmehr der Frage, ob Schulen in Deutschland nicht zu groß werden, um mit 2 000 und mehr Kindern ihrem pädagogischen Auftrag noch gerecht zu werden.

Schullaufbahnberatung - die die spätere Berufsentscheidung vorbereitet - und schulpsychologischer Dienst werden schrittweise erweitert, um Schülern und Eltern mehr Hilfe zu bieten.

Um den behinderten Kindern eine Chance für ihr Leben in der Gesellschaft zu geben, ihnen zu sozialer und beruflicher Eingliederung und zur Selbstentfaltung zu verhelfen, wird das Sonderschulwesen entsprechend dem von der CDU entwickelten Sonderschulentwicklungsplan zügig ausgebaut. Lebenshilfe ist ein Grundprinzip der Sonder- schule. Alle behinderten Kinder sollen in den nächsten Jahren einen Platz in diesen Schulen finden, damit sie die notwendige Förderung erhalten. Gleichzeitig werden in den Grundschulen die besonderen Förderungsmaßnahmen für weniger behinderte Kinder erweitert.

Der Grundsatz der Chancengerechtigkeit erfordert, daß jeder Schüler in zumutbarer Entfernung und unter zumutbaren Bedingungen das für ihn geeignete Schulangebot erreichen kann. Deshalb werden wir das Angebot in bisher benachteiligten Regionen weiter ergänzen.

Für den Schulbau haben wir in den vergangenen vier Jahren 672 Millionen DM an Landeszuschüssen bereitgestellt. Dieses Schwerpunktprogramm unserer Politik werden wir zielstrebig fortführen.

Mehr und mehr wollen wir unsere Schulen auch für außerschulische Veranstaltungen öffnen: für den Sport, für die Weiterbildung, für die Eltern, für alle Bürger.

Der Chancengerechtigkeit dient auch die Fahrtkosten-erstattung, die das Land den Vollzeitschülern gewährt. In einem Flächenstaat wie Rheinland-Pfalz entstehen große Unterschiede und Ungerechtigkeiten durch die unterschiedlichen Entfernung zwischen Wohnsitz und Schulstandort. Deshalb hat die CDU zeitlich und sachlich der Fahrtkosten-erstattung den Vorrang vor der allgemeinen Lernmittel-freiheit gegeben. Aber auch die Lernmittelfreiheit führen wir schrittweise ein: Schon bisher bestand sie an den Sonderschulen; mit Beginn des Schuljahres 1974/75 ist sie für die Klassen 5 bis 8 aller Schulen eingeführt worden. Für Fahrtkostenerstattung, Lernmittelfreiheit und Ausbildungsförderung werden inzwischen bei uns jährlich über 150 Millionen DM aufgewendet.

Die Inflation trifft alle.

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand werden zunehmend deutlicher. Steigende Inflationsraten, Arbeitslosigkeit und sinkendes Wirtschaftswachstum treffen nicht nur jeden einzelnen, sie zehren auch an den öffentlichen Kassen und damit an den Aufwendungen für die Bildungspolitik. Deshalb können wir auch im Bildungswesen nicht alles Wünschenswerte gleichzeitig verwirklichen.

5. Lehrerbildung und Lehrerfortbildung werden verbessert.

Die Lehrerbildung ist in den letzten Jahren wesentlich verbessert worden. Das Trierer Lehrerbildungsmodell setzt neue Akzente und erprobt neue Modelle !

Wenn der Schulunterricht den Erfordernissen von heute entsprechen soll, müssen die Lehrer mit dem Entwicklungsstand der Wissenschaft und mit der für ihren Unterricht wesentlichen Realitäten der Berufs- und Arbeitswelt verbunden bleiben. Deshalb fördern wir die Lehrerfortbildung an staatlichen und an von freien Trägern unterhaltenen Institutionen und die Weiterbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit Funk und Fernsehen.

6. Hochschulen - Stätten des Geistes und der Freiheit.

Durch eine zielstrebige Hochschulpolitik sind die Hochschulen in Rheinland-Pfalz arbeitsfähig geblieben. Zu jeder Zeit konnten sie ihre Aufgabe erfüllen, durch die Freiheit von Forschung und Lehre ein Ort geistiger Auseinandersetzung zu sein. Die CDU hat dafür gesorgt, daß in Mainz, Trier, Kaiserslautern oder Koblenz nie Zustände eingerissen sind, wie in Bremen, Berlin oder Frankfurt. (Wir haben ein Hochschulgesetz erarbeitet, das durch das Bundesverfassungsgericht nicht aufgehoben werden mußte). Wir werden dafür sorgen, daß junge Menschen, die ihre Befähigung unter Beweis stellen, auch künftig ungehindert studieren können.

In den vergangenen Jahren wurden die Hochschulen unseres Landes weiter ausgebaut. In Kaiserslautern und in Trier wurden neue Universitäten gegründet. Dies ist zugleich auch ein Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dieser Räume.

Die Universität Mainz wurde wesentlich erweitert. Die Leistungsfähigkeit der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und der Fachhochschule Rheinland-Pfalz konnte in den letzten Jahren wesentlich gesteigert werden.

Für ein gerechtes Auswahlverfahren.

Die Zahl der Studenten an den rheinland-pfälzischen Hochschulen stieg zwischen 1971 und 1973 um 7 000. Bis 1978 sollen weitere 8 300 neue Studienplätze hinzukommen. Dann wird es in Rheinland-Pfalz, wo es 1945 noch keine Universität gab, rund 40 000 Studenten geben. Die CDU wird dafür sorgen, daß sich die Vermehrung von Studienplätzen am tatsächlichen Bedarf ausrichtet und daß die vorhandenen Kapazitäten so gut wie möglich genutzt werden. Dennoch wird es nicht gelingen, den Numerus clausus schon bald zu beseitigen. Solange er fortbesteht, müssen wir ein gerechteres Auswahlverfahren finden als das jetzige. Die Verteilung von Studienplätzen soll nach möglichst objektiven und sachbezogenen Maßstäben vorgenommen werden. Alternative Ausbildungs- und Berufswege müssen geschaffen werden, die auch denen eine Chance eröffnen, die aufgrund der Zulassungsbeschränkungen von den Hochschulen abgewiesen werden müssen.

SchwerpunktAufgaben der Hochschulpolitik ist die Weiterführung der Studienreform. Für die Ausbildung von Lehrern, Juristen und Betriebswirten sind neue Studienordnungen bereits eingeführt. Andere werden entwickelt. Ziel ist auch eine Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten. Es kann nicht angehen, daß einige unbegrenzt Studienplätze blockieren. Wir wollen, daß möglichst viele zügig studieren können.

7. Mach `mehr aus Dir - die Weiterbildung.

Die ständige Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik erfordert immer dringlicher ein umfassendes Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Bürger. Deshalb haben wir ein neues Weiterbildungsgesetz vorgelegt. Es sieht den stufenweisen Ausbau der Weiterbildung in unserem Lande vor. Jeder Bürger soll die Möglichkeit haben, unter verschiedenen, konkurrierenden Angeboten auszuwählen. Daher werden freie Träger, Kirchen und Gewerkschaften gleiche Chancen erhalten wie andere Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung.

Der Weiterbildung dient auch, daß die Bürger in allen Teilen unseres Landes Zugang zu gut ausgestatteten Bibliotheken haben. Ihre Leistungsfähigkeit muß weiter gesteigert werden. Deshalb haben wir in einem Bibliotheksentwicklungsplan die Schwerpunkte festgelegt.

Durch die Förderung von Bildungsprogrammen im Medienverbund, wie zum Beispiel dem Telekolleg I (Erwerb der Fachschulreife), dem Telekolleg II (Erwerb der Fachhochschulreife) und dem Funkkolleg wird das Weiterbildungangebot auch in Zukunft unter Einbeziehung aller technischen Möglichkeiten erweitert werden.

8. Kunst und Künstler, Theater, Orchester, Museen fördern

Unser schönes Land ist überaus reich an Zeugnissen der Vergangenheit:

Burgen und Schlössern, historischen Bauten und alten Siedlungskernen.

Wir werden sie bewahren, denn unsere Vergangenheit braucht eine Zukunft. Deshalb werden wir der Denkmalpflege eine neue, zeitgemäße einheitliche gesetzliche Grundlage geben. Ein Beispiel für die Zukunftssicherung unserer Vergangenheit hat das Land durch den Erwerb des Nachlasses des bedeutenden pfälzischen Impressionisten Slevogt gegeben.

Die Landesregierung hat festgelegt, daß ein bestimmter Teil der Kosten öffentlicher Bauten für deren künstlerischen Ausgestaltung verwendet werden muß. Dieses Programm "Kunst am Bau" verstehen wir als Beitrag zur Förderung der Künstler und der Kunst in unserem Land.

Als Begegnungsstätte zwischen Künstlern und ihrem Publikum findet der Bahnhof Rolandseck im Norden unseres Landes weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus Freunde. Mit der gleichen Zielsetzung hat das Land die Villa Ludwigshöhe im Süden von Rheinland-Pfalz erworben.

Das Theater ist Stätte der Unterhaltung und Entspannung, aber in verstärktem Maß auch Forum geistiger Auseinandersetzung. Die CDU wird deshalb die kommunalen Theater und Orchester weiterhin nach Kräften unterstützen. Mit der Übernahme der beiden Orchester - Philharmonisches Orchester der Pfalz und Rheinische Philharmonie - in staatliche Trägerschaft, haben wir einen großen Schritt getan, das musikalische Angebot für die Bürger unseres Landes zu verbessern. Diese Initiative ist beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland.

Das starke musicale Interesse der Menschen unseres Landes wird deutlich in der großen Beteiligung, besonders auch der Jugend in Gesangvereinen, Chören und Musikkapellen. Dieses Interesse rechtfertigt eine intensive staatliche Förderung und Unterstützung. Wir werden sie in gleicher Weise fortsetzen wie bisher. Ebenso wichtig ist die schwerpunktmäßige Förderung der in den letzten Jahren in den Städten und Gemeinden eingerichteten Musikschulen. Auch diese Förderung werden wir fortführen.

Unsere Museen sollen lebendige Treffpunkte mit der Vergangenheit sein, nicht verstaubte Hallen, die niemand aufsucht. Sie haben Anspruch auf Förderung, aber ihre Schätze müssen noch besser als bisher der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Die CDU wird dafür sorgen, daß Kunst und Kultur in unserem Lande ihren besonderen hohen Stellenwert behalten. Damit sichern wir auch ein Stück des Freiraumes, den der einzelne braucht, damit er mehr aus seinem Leben machen kann.

9. Die Kirchen als Partner sehen

Kirchen und Staat ergänzen sich im Dienst am Menschen in vielfältiger Weise. Die CDU gewährleistet, daß die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche auch weiterhin unter Achtung der eigenständigen Aufgaben fortgeführt werden kann.

Schulen, Lehrerfortbildungsinstitute, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft erweitern das öffentliche Angebot und geben damit dem Bürger die Möglichkeit auszuwählen. Die CDU will Alternativen ermöglichen. Sie überträgt öffentliche Aufgaben nicht nur dem Staat, sondern stärkt und fördert auch freie Initiativen. Die CDU lehnt den Wertneutralismus als verordnete Staatsreligion ab. Wer die Frage nach dem Woher und dem Wohin des Menschen aus dem Unterricht der Schulen streicht, verkürzt damit den Anspruch auf Menschlichkeit.

Aktionsplan Gesundheit

1. Die ärztliche Versorgung sichern.
2. Den öffentlichen Gesundheitsdienst verbessern.
3. Privilegien im Krankenhaus abschaffen.
4. Den seelisch und geistig Kranken helfen.

CDU
Aktive
Demokratie

Durch ein leistungsfähiges Gesundheitswesen hat die CDU in Rheinland-Pfalz den Willen jedes Menschen, gesund zu leben und gesund zu bleiben, wirksam unterstützt.

Zahlreiche fortschrittliche Ideen und neue Konzeptionen hat die CDU in Rheinland-Pfalz schon verwirklichen können. Beispielhafte Wege sind auf vielen Gebieten des Gesundheitswesens in unserem Land beschritten worden.

Unser Ziel: Der Fortschritt der Medizin soll allen Bürgern zugute kommen.

Oberster Grundsatz: Gesundheitspolitik darf dem Willen und der freien Entscheidung des einzelnen weder zuwiderlaufen noch vorgreifen. Eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens lehnen wir ab.

1. Die ärztliche Versorgung sichern

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die ambulante ärztliche Versorgung durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausübung sichergestellt werden kann.

Mit Unterstützung der CDU Rheinland-Pfalz haben die kassenärztlichen Vereinigungen auf der Basis von Analysen den Entwurf eines Bedarfsplans für unser Land entwickelt. In Zusammenarbeit mit Krankenkassen, kommunalen Gebietskörperschaften und Landesregierung sollen damit regional und strukturell bedingte Engpässe in der ärztlichen Versorgung überwunden werden. Dies gilt insbesondere für ländliche und Stadtrandgebiete. Die CDU wird darauf achten, daß die Lösung dieses Problems im Rahmen der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Ärzte erfolgt.

Zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung und zur Beseitigung vorhandener Engpässe sieht die CDU u.a. folgende Wege:

- Studenten, die sich für eine ärztliche Tätigkeit in unversorgten Gebieten bereiterklären, sind bevorzugt zum Medizinstudium zuzulassen;

- finanzielle Förderung ärztlicher Niederlassung in unversorgten Gebieten über den bisherigen Umfang hinaus;
- Gemeinschafts- und Gruppenpraxen, Praxisgemeinschaften, Apparategemeinschaften sind dort, wo es der Bedarf erfordert, in verstärktem Maße zu verwirklichen. Durch den Zusammenschluß insbesondere von Fachärzten "unter einem Dach" läßt sich die ärztliche Versorgung effektiv verbessern.

2. Den öffentlichen Gesundheitsdienst verbessern

In Rheinland-Pfalz hat die CDU eine Vielzahl von Initiativen, gezielten Maßnahmen und Reformen verwirklicht und dadurch den öffentlichen Gesundheitsdienst für alle spürbar verbessert.

Ein Schwerpunkt dabei ist die allgemeine Gesundheitserziehung und die Information darüber, wie man gesund bleiben kann.

Alle Maßnahmen und Angebote im Gesamtbereich des Gesundheitswesens bleiben wirkungslos ohne die aktive Mitwirkung des einzelnen Bürgers. Der Grundsatz der Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit muß allen Bürgern bewußt werden. Dabei ist es eine wichtige Aufgabe einer verantwortungsbewußten Gesundheitspolitik, die Bevölkerung umfassend zu informieren, und zwar

- in der Lehrerausbildung,
- in der Schule,
- in der Erwachsenenbildung,
- in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen.

Die CDU fördert alle Maßnahmen, mit deren Hilfe in den Lebensgewohnheiten, insbesondere in den Ernährungsgewohnheiten, im Genußmittelverbrauch, hinsichtlich des Medikamenten- und Drogenmißbrauchs und in der Freizeit- und Urlaubsgestaltung

eine bewußte Umstellung auf eine gesunde Lebensführung zu erzielen sind. Dazu gehören

- die Umstellung der Ernährung auf die veränderte Lebens- und Arbeitsweise einer hochzivilisierten Bevölkerung,
- die richtige Ernährung von Kindern und Jugendlichen,
- die richtige Ernährung des alternden Menschen.

Die CDU hat erreicht, daß jedem einzelnen Bürger in unserem Land sehr günstige Chancen zur Erhaltung seiner Gesundheit geboten werden. Ein umfangreiches Vorsorgeprogramm steht für alle zur Verfügung. Es beginnt mit Untersuchungen des Kleinkindes und reicht über vorschulische Untersuchungen bis hin zur Diabetes- und Krebsfrüherkennungsuntersuchung. Darüber hinaus besteht ein umfangreiches Programm von Schutzimpfungen.

3. Privilegien im Krankenhaus abschaffen

Der freie und in seiner Würde unverletzliche Bürger steht für die CDU im Mittelpunkt der Planung und Reform des Krankenhauswesens. Das "Krankenhaus ohne Privilegien" ist von diesem Grundsatz getragen.

Der Krankenhausplan unseres Landes garantiert eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Versorgung aller Bürger mit Krankenhäusern. Sie sind netzartig über das Land verteilt und für alle Bürger in zumutbarer Entfernung erreichbar. Die verschiedenen Krankenhäuser ergänzen einander hinsichtlich Aufgabenstellung und Leistungsfähigkeit.

Notwendige Reformen der inneren Struktur der Krankenhäuser hat die CDU mit dem Krankenhausreformgesetz verwirklicht. Es verbessert entscheidend die Stellung

der Patienten,
der Ärzte,
der Mitarbeiter

im Krankenhaus. Es sichert grundsätzlich die Freiheit der gerade in unserem Land so wirksamen Initiative von freigemeinnützigen Krankenhausträgern.

Wichtigste Neuerungen dieses Gesetzes sind:

Rechtliche Sicherung einer gleich guten ärztlichen, pflegerischen und medikamentösen Versorgung aller Patienten.

Gleiche Besuchszeiten und Möglichkeiten bei der Wahl der Verpflegung.

Ein- oder Zweibettzimmer als Wahlleistung; dies aber unabhängig von der Inanspruchnahme eines Arztes als Privatpatient.

Privatpatient für ärztliche Leistungen auch im Mehrbettzimmer.

Beseitigung der Pflegeklassen und gesondert er Privatstationen.

Wahrung der Patienten-Interessen durch einen unabhängigen Patientenfürsprecher.

Sozialer Beratungsdienst und schulische Betreuung im Krankenhaus.

Überschaubare Fachabteilungen und Fachbereiche.

Zentraler Krankenhausbettennachweis.

Grundsätzlich freie ärztliche Berufsaus-
übung auch im Krankenhaus.

Verstärkung der Teamarbeit im Kranken-
haus.

Leistungsgerechte Beteiligung ärztlicher
Mitarbeiter an Liquidationserlösen.

Die Reform des Krankenhauswesens in Rheinland-Pfalz hat
im gesamten Bundesgebiet Beachtung und Anerkennung ge-
funden.

Den Bürgern in Rheinland-Pfalz stehen schon heute an-
nähernd 30 000 Akut-Krankenhausbetten zur Verfügung.
Für den Patienten bedeutet dies mehr Sicherheit, wenn
er ärztliche und pflegerische Hilfe benötigt.

4. Den seelisch und geistig Kranken helfen

Die CDU fordert: psychisch Kranke müssen den körperlich Kranken in der sozialen Gesetzgebung gleichgestellt werden.

Hilfe für seelisch und geistig Kranke ist heute ein zentraler Punkt der Gesundheitspolitik. Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten Erkrankungen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, diesen Kranken sowohl bei der ambulanten wie stationären Versorgung entsprechend den neuesten Erkenntnissen eine bestmögliche Heilungschance einzuräumen. Der Schwerpunkt der klinischen Betreuung liegt heute in der Behandlung und in der Rehabilitation dieser Patienten.

Durch Informationsarbeit soll darüberhinaus das ängstliche Mißtrauen weiter Kreise der Bevölkerung vor psychiatrischer Behandlung und psychiatrischen Kliniken gegenüber abgebaut werden.

Notwendige Ergänzungen zu der Versorgung im Akutkrankenhaus bilden die ambulanten gesundheits- und sozialpflegerischen Dienste, wie sie die CDU Rheinland-Pfalz zukunftsweisend in Form der Sozialstation entwickelt hat.